

Schwerpunktthema dieser Ausgabe:

Die europäische Säule sozialer Rechte

Editorial von Alois G. Steidel und Manfred Schneider

Interview mit Prof. Gabriel Felbermayr:

»Die EU muss eine Leitidee für ein starkes und geeintes Europa entwickeln«

Thema: Die europäische Säule sozialer Rechte

Gastbeitrag von Ursula von der Leyen: Europas »technologische Souveränität«

Gastbeitrag von Florian Siekmann: »Wir müssen die EU als Solidargemeinschaft begreifen!«

Die europäische Säule sozialer Rechte – Europas Antwort auf die Krise der Globalisierung

von Alois G. Steidel und Manfred Schneider

Die schnelle weltweite Ausbreitung des Corona-Virus zeigt auf drastische Weise, dass Epidemien grenzüberschreitend sind und globale Folgen haben. COVID-19 wird den Versuch, die globale wirtschaftliche Vernetzung mit ihren internationalen Wertschöpfungs- und Lieferketten rückgängig zu machen bzw. mindestens zu verlangsamen, befeuern. In Zeiten offener Grenzen lassen sich Epidemien und andere globale Herausforderungen wie Digitalisierung und Klimawandel nur gemeinsam bekämpfen. Europa braucht dafür einen Ausbau seiner gemeinsamen Institutionen und

Infrastrukturen sowie den entsprechenden Rechtsrahmen und Datenraum. Es braucht in Zukunft mehr Investitionen in „Public Health“.

Der „Ayinger Gesprächskreis“ spricht sich für eine europäische Gesundheits- und Pflege-Agenda, die Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bürgerinnen und Bürger, größere Anstrengungen bei Weiterbildung und lebenslangem Lernen, eine Stärkung der Sozialwirtschaft und der sozialen Rechte aus.

Auf Ihr Feedback und Ihre Anregungen freuen wir uns!



Alois G. Steidel ist Gründer und CEO der K|M|S Vertrieb und Services AG



Manfred Schneider ist Vorstand des Club Corbeau

Die Ayinger Gespräche

Die Ayinger Gespräche sind 2013 als unabhängiger und parteiübergreifender Gesprächskreis gegründet worden. Sie finden jährlich in Aying bei München statt.

Das Konzept der Ayinger Gespräche folgt der Idee, dass ein fester Teilnehmerkreis kontinuierlich die Inhalte des Gesprächskreises weiterträgt. Zu jedem Gesprächskreis wird ein Gast eingeladen, der einen Vortrag zu einem aktuellen internationalen Thema hält. Der feste Teilnehmerkreis bildet die Basis des Gesprächskreises, definiert die Themen und wählt die Gäste aus. Die geladenen Gäste sind Expert*innen aus den jeweils gesetzten Diskussionsthemen und geben Impulse.

Die Ayinger Gespräche suchen nach gesellschaftlichen Antworten und stärken den Blick auf das europäische Ganze. Die Ayinger Gespräche haben das Ziel, Erkenntnisse und Expertise in die aktuelle politische Kultur und Debatte einzuspeisen.

»Die EU muss eine Leitidee für ein starkes und geeintes Europa entwickeln«

Interview mit Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel

Europa befindet sich in der globalen Zwickmühle im Streit zwischen den USA und China. Muss sich der Kontinent zwischen beiden entscheiden?

GABRIEL FELBERMAYR: Europa muss darauf bedacht sein, selbstbewusst seine Interessen auf globaler Ebene zu vertreten. Gegenüber den USA und gegenüber China. In dieser Hinsicht ist der Brexit für die EU sehr schmerzhaft, weil sie ohne eine enge Anbindung Großbritanniens im neuen Systemwettbewerb zwischen den USA und China als geschwächter Dritter dasteht und erhebliche Verhandlungsmacht verliert. Das ökonomische Gewicht der Briten entspricht dem der 19 kleinsten EU-Mitglieder zusammen. Die EU muss daher alles daran setzen, Großbritannien im Binnenmarkt zu halten, denn der Zugang dazu ist ihr stärkster Trumpf in internationalen Verhandlungen. Dafür muss sie auch bereit sein, ihr Dogma der Untrennbarkeit der vier Grundfreiheiten – freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Personenfreizügigkeit – aufzugeben. Je größer der Binnenmarkt, desto stärker die europäische Stimme in der Welt.

Multi- oder bilateral: Welche neue Handelsordnung zeichnet sich ab?

GABRIEL FELBERMAYR: Das multilaterale System hat fast allen Ländern der Welt sehr große ökonomische Vorteile gebracht. Es ist bilaterale Abkommen, die leichter nachteilige Handelsverlagerungen erzeugen und das Handelssystem fragmentieren, sicherlich vorzuziehen. Wenn aber das globale System zusammenbricht und die Rechtssicherheit ab-

nimmt, sind bilaterale Abkommen willkommene Hilfsmaßnahmen. Für die EU heißt das: sie sollte in der jetzigen Situation zusätzliche vertiefte bilaterale Handelsabkommen abschließen, die mehr Staaten und Bereiche umfassen. Hier werden wiederum Kompromisse nötig sein. So wird der Mercosur-Freihandelsvertrag oder auch der mit den ASEAN-Staaten mit dem Risiko verbunden sein, Widersprüche auf dem Gebiet der Umweltpolitik zu erzeugen. Doch in einem zunehmend ungeordneten globalen Handelssystem würde der Schutz von Transparenz und Rechtsordnung auf jeden Fall eine sehr wichtige Errungenschaft sein.

Was sind die beiden größten Herausforderungen für Europa in den 20er Jahren?

GABRIEL FELBERMAYR: Die EU muss dringend ihre Identitätskrise überwinden und eine Leitidee für ein starkes und geeintes Europa entwickeln. Dies bedeutet konkret die Definition und Begründung von Kernkompetenzen, die der EU obliegen, und in Abgrenzung dazu die Festlegung von Kompetenzen, die besser in den Nationalstaaten verbleiben sollten. Außerdem braucht die EU ein Modell dafür, wie sie weniger integrationswillige Länder in der europäischen Peripherie – wie Großbritannien nach dem Brexit, die Türkei oder die Schweiz – so eng wie möglich an-

den Binnenmarkt binden kann. Europa sollte diesen Ländern, die der Europäischen Union im eigentlichen Sinne nicht angehören, unbedingt anbieten, in einen Zollverbund einzutreten.

Wird Deutschland mehr Führung in Europa übernehmen müssen?

GABRIEL FELBERMAYR: Wenn Deutschland sich nicht gemeinsam mit Frankreich bewegt, bewegt sich in Europa nichts. Es geht in der unsicher gewordenen Welt nun mehr denn je darum, den digitalen Binnenmarkt und den europäischen Markt für Wagniskapital auszubauen und die nach wie vor bestehende Fragmentierung des EU-Binnenmarktes in wichtigen Technologiebereichen wie Medizin- und Biotechnologie konsequent abzubauen. Deutschland sollte sich in der EU und mit anderen Ländern dafür stark machen, dass die Regeln der Welthandelsorganisation reformiert werden und bereit sein, Regelverletzungen entschlossen und unter bestmöglicher Wahrung des geltenden Rechts zu ahnden.



Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Ph.D., ist Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW Kiel)

»Wenn Deutschland sich nicht gemeinsam mit Frankreich bewegt, bewegt sich in Europa nichts«

Die achten Ayinger Gespräche:

Europäische Säule sozialer Rechte

Europas Antwort auf die Krise der Globalisierung

Die Globalisierung steckt in einer Krise. Der Trend zur Öffnung und Vernetzung der Weltwirtschaft ist mit der Finanzkrise 2008/2009 und vor allem mit Donald Trumps Feldzug gegen multilaterale Handelsabkommen und Freihandel zum Erliegen gekommen. Auch COVID-19 wird den Versuch, die globale wirtschaftliche Vernetzung mit ihren internationalen Wertschöpfungs- und Lieferketten rückgängig zu machen bzw. mindestens zu verlangsamen, befeuern. Weltweit überlegen Konzerne, die Abhängigkeit von China wieder zurückzufahren und denken über die Rückverlagerung von Produktionsstandorten nach. In Zeiten offener Grenzen lassen sich Epidemien und andere globale Herausforderungen wie Digitalisierung und Klimawandel nur gemeinsam bekämpfen. Europa braucht dafür den Auf- und Ausbau gemeinsamer Institutionen sowie einen entsprechenden Rechtsrahmen und Datenraum für Gesundheit, Arbeit, Soziales und Nachhaltigkeit.

Sozial, stark und sicher: Ein europäischer Schengenraum für Daten

Die europäische Datenschutzgrundverordnung ist dabei ein Schritt in

die richtige Richtung. Sie ist ein Mittelweg jenseits von Wildwest und totaler Regulierung. Daten, die in Europa gespeichert werden, werden ausschließlich nach europäischen Gesetzen und Regeln behandelt. Der nächste Schritt ist ein europäischer Schengenraum für Daten, an den sich jedes Unternehmen halten muss, das in Europa Daten verarbeitet. Ein solcher Rahmen und Raum sind die Voraussetzung, dass eigene Innovationen eine Chance haben, ohne das europäische Wertesystem und die Soziale Marktwirtschaft aufzugeben. Das Aufstiegs- und Wohlfahrtsversprechen an alle Europäerinnen und Europäer muss auch in Zukunft im Zentrum der europäischen Binnenpolitik stehen. Nur dann kann die notwendige Identifikation der Bürger mit Europa gestärkt und ein Bollwerk gegen Populisten von links und rechts gebildet werden.

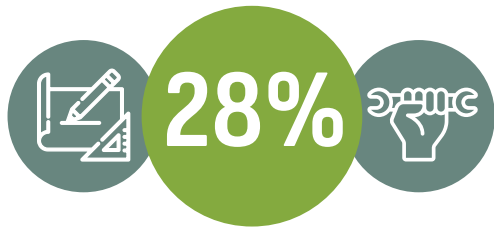
Die europäische Säule sozialer Rechte ist hierfür ein wichtiger Meilenstein. „Ein starkes soziales Europa

»In Zeiten offener Grenzen lassen sich Epidemien und andere globale Herausforderungen wie Digitalisierung und Klimawandel nur gemeinsam bekämpfen.«

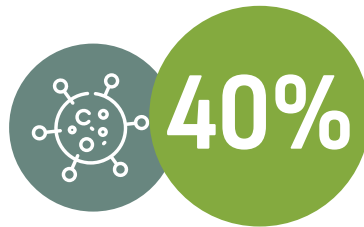
»Unerlässlich für eine schnelle, sichere und bürgernahe Gesundheitsversorgung wird der Ausbau der 5G-Infrastruktur, der Telemedizin und die bessere digitale Ausstattung und Vernetzung von Kliniken und Arztpraxen.«

für einen gerechten Übergang“, wie es in der Mitteilung der Europäischen Kommission heißt, markiert die Weiterentwicklung der Europäischen Union hin zu einer Sozialunion mit Mindeststandards und sozialen Rechten. „Die gesetzlichen und sozialen Regelwerke des 20. Jahrhunderts sind für die digitale Wirtschaft nicht geeignet; es ist an der Zeit, den Sozialschutz in der neuen Arbeitswelt anzupassen und zu garantieren und die Steuervorschriften so zu ändern, dass jeder seinen gerechten Beitrag leistet.“ Treiber dieser Entwicklung ist neben dem digitalen auch der demografische Wandel. Dank des medizinischen Fortschritts leben die Europäer heute länger und gesünder. Die Gesundheits- und Pflegewirtschaft schafft neue Arbeitsplätze. Zur Herausforderung des europäischen Sozialmodells wird die gerechte Gestaltung des Wandels bei den Zielen Digitalisierung, demografischer Wandel und Klimaneutralität.

Aus der Mitteilung der Europäischen Kommission »Ein starkes Europa für einen gerechten Übergang«



Großer Unterschied: Beschäftigungsquote von Gering- und Hochqualifizierten



Krebserkrankungen: 40% sind vermeidbar



ist von Armut und Ausgrenzung betroffen

Quelle: Europäische Kommission, 2020

Der Ayinger Kreis unterstützt folgende Punkte:

1. Eine EU-Agenda Gesundheits- und Pflegepolitik

Krankheiten wie Krebs, Diabetes und Demenz sowie die Behandlung von seltenen Erkrankungen sollen europäisch bekämpft und erforscht werden. Unerlässlich hierfür sind eine europäische Präventionsstrategie, ein europäisches Krebsregister, eine gemeinsame Impfstoffstrategie und ein Gesundheitsfonds für teure Behandlungen von Kindern bei seltenen Erkrankungen. Unerlässlich für eine schnelle, sichere und bürgernahe Gesundheitsversorgung wird der Ausbau der 5G-Infrastruktur, der Telemedizin und die bessere digitale Ausstattung und Vernetzung von Kliniken und Arztpraxen.

2. Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bürger

Ein europaweites Gesundheitsportal und die Stärkung der Städte und

Gemeinden im Hinblick auf die Gesundheit der Bürger sind wichtige Elemente der Förderung von Health Literacy. Insbesondere der Klimawandel macht weitere Anstrengungen zur „nachhaltigen Gesundheit“ notwendig.

3. Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Der Fachkräftemangel insbesondere in den Gesundheits- und Heilberufen gehört zu den größten Herausforderungen in den Mitgliedsländern. Die Beteiligung an Fort- und Weiterbildung muss in den nächsten Jahren signifikant steigen, ebenso wie Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung. Die EU muss zu einem Europäischen Bildungsraum werden.

4. Stärkung der Sozialwirtschaft

Europaweit arbeiten fast 14 Millionen Menschen in der Sozialwirtschaft (Bildung, Gesundheit, Energiewende, soziale Dienstleistungen). Bei der Bekämpfung der sozialen Herausfor-

derungen wie Integration, Inklusion und Rechtsextremismus spielt die Sozialwirtschaft eine zentrale Rolle.

5. Förderung der sozialen Rechte

Um ein menschenwürdiges Leben zu führen, braucht es einen angemessenen Mindestlohn für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ein europäisches Arbeitslosenrückversicherungssystem ist ein wichtiger Rettungsschirm im Fall einer erneuten Finanzkrise und verringert den Druck auf die öffentlichen Finanzen bei externen Schocks.

Europas »technologische Souveränität«

von Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin

Die EU wird den digitalen Wandel mit Investitionen fördern. Ein eigener Rechtsrahmen und hohe Standards sollen Vertrauen bei den Europäern schaffen.

Ich bin Tech-Optimistin. Schon im Medizinstudium habe ich gelernt, dass Technik Schicksale verändert, Leben rettet und Wunder verwirklicht. Heute ist es für uns selbstverständlich, dass wir bei einer Infektion Antibiotika einnehmen und bei einer Verletzung zum Röntgen gehen können. Einst waren das revolutionäre Entdeckungen. Neue Technologien helfen uns, Krebs besser zu diagnostizieren, hochpräzise Operationen durchzuführen und Patienten individuell zu behandeln. All das passiert hier und jetzt in Europa. Und das soll erst der Anfang sein. Ich möchte, dass die Digitalisierung die Norm in unserer Gesellschaft wird: sei es in der Landwirtschaft oder der Finanzwelt, in der Kultur oder im Bauwesen, im Kampf gegen den Klimawandel oder gegen den Terrorismus. Das ist die Vision hinter der neuen Digitalstrategie, die die Europäische Kommission diese Woche vorstellt. Der digitale Wandel kann unsere Wirtschaft voranbringen und uns helfen, globale Herausforderungen auf europäische Art zu lösen. Wir können bessere Entscheidungen treffen mit Erkenntnissen, die wir aus nicht personenbezogenen Daten gewinnen.

Big Data sollte für alle zugänglich sein – für Privatpersonen und öffentliche Einrichtungen, für große und kleine Unternehmen, für Start-ups und Konzerne. So kann unsere Gesellschaft am meisten von Innovationen und Wettbewerb profitieren. So haben

alle etwas von der digitalen Dividende. Dieses digitale Europa soll Europa von seiner besten Seite zeigen – offen, fair, vielfältig, demokratisch und selbstbewusst.

Unsere Digitalstrategie ist breit angelegt, weil auch der digitale Wandel alle Lebensbereiche durchdringt. Sie reicht von der Cybersicherheit bis hin zu kritischen Infrastrukturen, von digitaler Bildung bis hin zu Kompetenzen, von Demokratie bis hin zu Medien. Und ganz im Sinne des europäischen Grünen Deals fördert sie auch die Nachhaltigkeit, etwa die Klimaneutralität von Rechenzentren bis 2030. Der digitale Wandel darf aber nicht dem Zufall überlassen werden. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Rechte und unsere Privatsphäre online genauso geschützt sind wie offline, dass wir die Kontrolle über unser Leben und unsere personenbezogenen Daten haben und dass wir der Technik vertrauen können. Neue Technologien kommen, aber unsere Werte bleiben.

Unsere Prinzipien wie Sicherheit, Schutz der Privatsphäre und Gleichbehandlung am Arbeitsplatz müssen auch in einer Welt gewahrt bleiben, in der Algorithmen Entscheidungen beeinflussen. Wir werden uns gezielt auf Anwendungen mit hohem Risikokonzentrieren, die sich auf unser Leben oder unsere Gesundheit auswirken oder wichtige Entscheidungen über Arbeitsplätze oder Strafverfolgung beeinflussen.

Dabei geht es nicht um mehr Regulierung, sondern um praktische Vorkehrungen, um Verantwortung und um die Möglichkeit, dass Menschen bei Gefahren oder Ungereimtheiten

Der Begriff »technologische Souveränität« beschreibt die Fähigkeit Europas, seine eigenen Entscheidungen im Einklang mit seinen eigenen Werten und Regeln zu treffen.

eingreifen. Wir haben schon andere Industriezweige erfolgreich gestaltet – von der Automobil- bis zur Lebensmittelindustrie –, und wir werden nun bei der neuen datenagilen Wirtschaft die gleiche Logik und die gleichen Standards anwenden.

Alles zuvor Genannte fasse ich unter dem Begriff »technologische Souveränität« zusammen. Der Begriff beschreibt die Fähigkeit Europas, seine eigenen Entscheidungen im Einklang mit seinen eigenen Werten und Regeln zu treffen. Dies wird dazu beitragen, uns alle zu Tech-Optimisten zu machen.

Bei dem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte Fassung aus dem Handelsblatt, erschienen am 19.02.2020. Alle Rechte vorbehalten: © Handelsblatt GmbH



Ursula von der Leyen ist Präsidentin der Europäischen Kommission

»Wir müssen die EU als Solidargemeinschaft begreifen!«

von Florian Siekmann, Mitglied des Bayerischen Landtags

Es ist unbestritten, dass über Europas Zukunft derzeit kräftig gestritten wird. An den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen lässt sich dieser Streit gut verfolgen. Zur Europawahl im vergangenen Jahr wurde von allen Seiten betont, wie wichtig die Europäische Union ist. Sie sollte die Lösungen liefern für Klimakrise, Migration, Digitalisierung und die Behauptung im globalen Wettbewerb. Jetzt, ein Jahr später, sind die Erwartungen an die EU noch immer groß, die Bereitschaft zur Finanzierung all dieser Vorhaben ist aber eher gering ausgeprägt. Während die EU-Kommission die neuen politischen Prioritäten in ihrem Vorschlag im Blick hat und das EU-Parlament noch ein deutlich größeres Haushaltsvolumen favorisiert, verlangen Teile der Mitgliedstaaten deutlich geringere Beiträge als noch im vergangenen Mehrjährigen Finanzrahmen. Unter diesen Mitgliedstaaten ist auch Deutschland, obwohl besonders hier der Ruf nach europäischen Lösungen während der vergangenen Europawahl über fast alle politischen Lager hinweg besonders laut war.

Es stellt sich die spannende Frage, ob die gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa der nationalstaatlichen Politik davonzueilen drohen. Mit der Gründung der Europäischen Union und der Einführung des Binnenmarktes wurde der Grundstein für eine europäische Gesellschaft gelegt. Insbesondere die Personenfreizügigkeit führt dazu, dass sich unsere Gesellschaft schrittweise europäisiert, weil EU-Bürger ihre Arbeitsstellen und in der Folge auch ihren Lebensmittelpunkt immer öfter in anderen Mitgliedstaaten finden. In

den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der in Deutschland lebenden EU-Bürger aus anderen Mitgliedstaaten auf rund fünf Millionen Menschen verdoppelt.

Gleichzeitig beobachten wir in vielen europäischen Staaten aber auch eine politische Fokussierung auf das Nationale. Der Brexit markiert einen Höhepunkt dieser Fixierung. Womit wird diese Fixierung genährt? In Teilen mit klassischen Feindbildern. Nicht unterschätzt werden darf aber auch die Darstellung des Nationalen als vermeintliche Solidargemeinschaft. Beim Brexit hat nicht ohne Grund die Auseinandersetzung um das britische Gesundheitssystem eine wichtige Rolle gespielt. Gerade im Rahmen der Migration wird in Deutschland häufig über das Sozialsystem debattiert. Hierbei spielt weniger die absolute Armut eine Rolle als vielmehr die Frage nach Absicherung, Abstiegsängsten und Zukunftsperspektiven.

Während in der EU durch die Errichtung des Binnenmarktes zahlreiche Handelsbarrieren abgebaut wurden und die Wirtschafts- und Währungspolitik deutlich harmonisiert wurde, verblieb die Sozialpolitik vollständig in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Auf dem Papier mag diese Kompetenzverteilung aufgehen, in der Realität tut sie es nicht. Die Finanzkrise hat eindrucksvoll gezeigt, wie abhängig auch die Sozialsysteme vom gemeinsamen Wirtschaftsraum sind. Nicht umsonst wurde in Deutschland plötzlich über das Renteneintrittsalter der Griechen debattiert und in anderen Mitgliedstaaten über das jahrelange Lohndumping in Deutschland, das vor der Finanzkri-

»Die Finanzkrise hat eindrucksvoll gezeigt, wie abhängig auch die Sozialsysteme vom gemeinsamen Wirtschaftsraum sind.«

se sogar zu sinkenden Reallöhnen geführt hat.

Will man dem Anspruch der sich europäisierenden Gesellschaft nach gleichen politischen und bürgerlichen Rechten entsprechen und gleichzeitig das Feld der Sozialpolitik nicht nationalistischen Kräften überlassen, muss ein zentraler Bestandteil der Weiterentwicklung der EU auch in ihrer sozialen Dimension liegen. Wir müssen die EU endlich als die große Solidargemeinschaft begreifen, die sie längst ist. Selbstverständlich können Sozialsysteme nicht von heute auf morgen vereinheitlicht werden, aber es braucht einen Ansatz, um die soziale Kohäsion in den nächsten Jahren entschieden voranzutreiben.



Florian Siekmann ist Mitglied des Bayerischen Landtags und Sprecher für Europapolitik der Grünen Fraktion

Die gesündesten Länder Europas: Deutschland hinkt hinterher

Anteil der Bevölkerung, der die eigene Gesundheit als sehr gut/gut einschätzt (in Prozent)



Quelle: Eurostat 2018

WEITERE INFORMATIONEN

Fahrplan zur Umsetzung sozialer Rechte in Europa vorgestellt

<https://www.clubcorbeau-bruessel.com/news/2020/1/15/fahrplan-zur-umsetzung-sozialer-rechte-in-europa-vorgestellt>

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Ein Starkes Soziales Europa für einen gerechten Übergang“

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52020DC0014&qid=1580400520904>

VORSCHAU: Die nächsten Ayinger Gespräche finden vom 5. bis 7. Februar 2021 statt.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Alois G. Steidel
(K|M|S Vertrieb und Services AG)
Manfred Schneider
(Club Corbeau, Brüssel)

Verantwortlich:
Alois G. Steidel

Redaktion:
Dr. Daniel Dettling,
re:publik – Institut für Zukunftspolitik

KONTAKTDATEN

K|M|S
Vertrieb und Services AG
»Ayinger Gespräche«
Inselkammerstraße 1
D-82008 Unterhaching
Telefon: +49 (89) 66 55 09-0
Fax: +49 (89) 66 55 09-55

DER AYINGER KREIS IM INTERNET

www.ayinger-gespraech.de